

— (Die Einberufung des Staatseisenbahnrates.) Der Staatseisenbahnrat wird in der zweiten Hälfte Oktober dieses Jahres zu einer kurzen Tagung einberufen werden. Es sind gegenwärtig umfassende Tarifierhöhungen in Vorbereitung, und der Eisenbahnminister Freiherr v. Banhans legt Wert darauf, dem Staatseisenbahnrat Gelegenheit zu bieten, über das bis dahin voraussichtlich vollständig ausgearbeitete Projekt sein Gutachten abzugeben. Zwar hat sich die Stellung dieser Körperschaft zu den Tariffragen während des Krieges ganz verändert. Um dies voll zu erfassen, muß man sich vergegenwärtigen, daß der Staatseisenbahnrat keineswegs, wie vielfach irrig angenommen wird, eine Art Eisenbahnparlament darstellt. Er ist vielmehr — ganz abgesehen davon, daß er nur ein beratendes, aber nicht beschließendes Organ bildet — als eine Interessenvertretung anzusehen, als eine Art Kundenschaft der Eisenbahnen, die durch gemeinsame Verhandlungen mit der Bahnverwaltung über Preise und Konditionen handelsseins werden will. Nun haben aber im Verlaufe der Kriegswirtschaft die Preise der Bahnen für die Beförderung der meisten Güter an Bedeutung wesentlich verloren und sind vielfach recht nebensächlich geworden. Wurden doch bisher die Gütertarife auch entsprechend dem Werte des beförderten Gutes, also nach den Grundätzen der sogenannten Werttarifierung, gebildet. Der Wert der meisten Industrieartikel und Landwirtschaftsprodukte ist aber ungeheuer, oft um das Vielfache gestiegen, so daß dann selbst eine höhere Tarifierung das frühere Verhältnis zwischen Beförderungs- und Warenpreis nicht wieder herstellen kann. Somit ist das Interesse der großen Verfrächter an den Tarifen, die vordem, wenn es sich um die Gestaltung der Absatzmöglichkeiten handelte, oft dem Hingelein an der Waage gleichen, erheblich geringer als in Friedenszeiten, zumal für den heimischen Markt die ausländische Konkurrenz derzeit kaum mehr in Betracht kommt. Dennoch ist es sehr nützlich, daß sich der Eisenbahnminister genau darüber informieren will, wie sich der Staatseisenbahnrat zu der ganzen Frage verhält, da ja die Tarifierhöhung, die nicht bloß auf den Staatsbahnen, sondern wohl gleichzeitig auch auf den Privatbahnen eingeführt werden dürfte, die Uebergangs- und Friedenswirtschaft beeinflussen und vielleicht selbst während des Krieges eine Verschiebung der Wettbewerbsverhältnisse zur Folge haben könnte. Wenn es leider nicht zu vermeiden ist, daß der Staat behufs Steigerung seiner Einnahmen auch die Bahnen zu höheren finanziellen Leistungen heranzieht — was diesmal wohl nicht schablonenhaft, sondern unter Berücksichtigung wichtiger volkswirtschaftlicher Bedürfnisse geschehen wird —, so ist es doch ein erheblicher Fortschritt, daß, dank der Initiative des neuen Ministers, zum erstenmal seit Kriegsausbruch die in Aussicht genommenen Maßnahmen vorher den Interessenten bekanntgegeben werden und deren Durchführung gleichsam im vollen Lichte der Öffentlichkeit vorbereitet wird.